

Sozialdemokratischer
Presse- und Informationsdienst
10. März 1959

S.O. MRZ



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470
Fernsprecher 24881 - 33
Fernschreiber 0886890

P/KEV/57 - 10. März 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Das Stimmrecht der Berliner Von Dr. Adolf Arnät, MdB	68
3	Dänemark trotzt NATO-Wünschen Wehrpflichtarmee wird verringert	28
4	Der Putsch von Kossul Undurchsichtige Hintergründe	44
5 - 7	Leipziger Frühjahrsmesse 1959 Politische und sonstige Eindrücke eines Westdeutschen Von Dr. E. Bekert	146

* * * * *
* * *

Das Stimmrecht der Berliner

Von Dr. Adolf Arndt, MdB.

Der Bundespräsident ist Bundespräsident auch in Berlin und für Berlin. Er vertritt das Land Berlin völkerrechtlich in auswärtigen Angelegenheiten. Verträge mit auswärtigen Staaten ratifiziert er auch im Namen des Landes Berlin. Daher gehört Berlin zum Amtsbereich des Bundespräsidenten. Der Bundespräsident ernannt die Bundesrichter und die Bundesbeamten, die in Berlin amtieren. Die Ämter des Bundespräsidenten und des Regierenden Bürgermeisters von Berlin können zeitweilig in Personalunion miteinander verbunden werden; dies geschah, als der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, weil er Präsident des Bundesrates war, stellvertretend auch als Bundespräsident amtierte, während sich Bundespräsident Prof. Theodor Heuss auf seiner Auslandsreise befand.

Mit dieser Rechtfertigung haben Bundestagspräsident Hermann Ehlers 1954 und Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier 1959 die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland nach Berlin einberufen. Das freie Berlin liegt sowohl im Bundesgebiet als auch im Geltungsbereich des Bonner Grundgesetzes, wie das Bundesverfassungsgericht durch Entscheidung vom 25.10. 1951 festgestellt hat. Der Grundrechtsteil des Bonner Grundgesetzes ist im freien Berlin unmittelbar geltendes Recht.

Der Wahlprüfungsausschuss des Bundestages hat verbindlich ausgesprochen, dass Deutsche mit dem Wohnsitz in Berlin sich in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland zur Wahl stellen und stimmberechtigte Mitglieder des Bundestages werden können. Die vom Berliner Abgeordnetenhaus entsandten Bundestagsabgeordneten Dr. Tillmaria und Ernst Lenker sind als Bundesminister stimmberechtigte Mitglieder der Bundesregierung geworden.

Im Bundestag ist das Stimmrecht der vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählten Bundestagsabgeordneten nur kraft Anordnung der Besatzungsmächte insoweit noch begrenzt, als sie an der Wahl des Bundeskanzlers und im Plenum an der Abstimmung über Bundesgesetze nicht teilnehmen dürfen. Im übrigen haben die Berliner Bundestagsabgeordneten Sitz und Stimme sowohl im Plenum des Bundestages als auch in seinen Ausschüssen.

Sie wirken stimmberechtigt in besonderen Verfassungsorganen wie dem Richterwahlausschuss und dem Wahlmännergremium für das Bundesverfassungsgericht mit.

Bei Bemessung der gesetzlichen Mitgliederzahl des Bundestages sind die Berliner Abgeordneten mitzuzählen. In der Bundesversammlung sind sie vollberechtigte Wahlmänner, weil es insoweit überhaupt keinerlei Vorschriften der Besatzungsmächte gibt. Diese Rechtslage hat Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Martin Drath in seinen Arbeiten nachgewiesen, die er in der "Juristischen Rundschau" 1951, S. 385 ff., ferner in der Festschrift der Berliner Juristischen Fakultät zum 41. Deutschen Juristentag 1955, S. 79 ff und im "Archiv des öffentlichen Rechts", Band 32, (1957), S. 27, veröffentlichte.

Die Staatspraxis bestätigt diese Rechtslage. In der Zweiten Bundesversammlung in Berlin am 17. Juli 1954 begrüßte Präsident Hermann Ehlers einhelflich "die Mitglieder des Bundestages und die von den Landtagen der deutschen Länder gewählten Wahlmänner". Mit diesen Worten zählte Ehlers auch die Berliner Bundestagsabgeordneten und die von Berliner Abgeordnetenhaus entsandten Wahlmänner zu den vollberechtigten Mitgliedern der Bundesversammlung. Zwar ließ Ehlers die Berliner Mitglieder der Bundesversammlung gesondert abstimmen, aber mit der Begründung: "Dieses Sonderverfahren ist um der Protokollierung willen erforderlich ... das hat eine symbolische Bedeutung", also keineswegs, um die Stimmberechtigung dieser Mitglieder in Zweifel zu ziehen. Ausdrücklich hat vielmehr Ehlers ohne Widerspruch festgestellt: "Die Bundesversammlung zählt 1018 Mitglieder", worin also die Berliner mit eingeschlossen waren, und erklärt, "Die Mehrheit der Bundesversammlung beträgt 510 Stimmen", wobei wiederum von ihm die Berliner Mitglieder als stimmberechtigt mit berücksichtigt wurden. Das Abstimmungsergebnis machte Ehlers ohne Trennung der Berliner Stimmen bekannt, indem er sagte: "Es sind abgegeben 987 Stimmkarten. Von diesen 987 Stimmen sind entfallen auf den Vorschlag Prof. Dr. Heuss 871 Stimmen."

Dieses dokumentarische Verfahren in der Bundesversammlung zu Berlin am 17. Juli 1954 hat rechtsbestätigende und rechtswirkende Kraft. Die Stimmberechtigung der Berliner Mitglieder der Bundesversammlung steht bei der Wahl des Bundespräsidenten außer Frage.

10. März 1959

Dänemark trotz NATO-Wünschen

R. H. , Stockholm

In einer Zeit, da die beiden Hauptwidersacher in der Welt über ausreichende Massenzerstörungsmittel verfügen, um sich gegenseitig und damit die Menschheit zu vernichten, da nicht mehr die Zahl der Wehrpflicht-Divisionen, sondern die Bereitschaft der Terrorwaffen-Techniker entscheidend ist, wirkt es reichlich antiquiert, wenn die Militärsachverständigen der NATO noch immer eine Ausbildungszeit von mindestens 18 Monaten verlangen und die "Sicherheit" an der Anzahl der verfügbaren Divisionen messen.

Die dänische Regierung hat daher entgegen den Wünschen der NATO die gegenwärtige Ausbildungszeit von 16 Monaten nicht auf 18 Monate erhöht, sondern schlägt im Gegenteil in der dem Folketing soeben vorgelegten Verteidigungsordnung für die meisten Wehrmachtzweige eine Herabsetzung auf 12 Monate vor. Die Wehrpflichtarmee soll zahlenmässig verringert werden. Als Kompensation sollen einige Tausend Berufssoldaten angeworben werden.

Die militärisch sehr exponierte Lage Dänemarks an der Ausfahrt aus der Ostsee zwingt das Land zur Aufrechterhaltung einer Bereitschaftsarmee von 13 000 Mann (bisher 16 000), die mit weniger, aber besseren Schiffen und Flugzeugen als bisher, ferner mit Raketenbatterien (aber ohne Atomsprengladung) ausgestattet werden soll. Neben der Bereitschaftsarmee werden lokale Verbände aus Wehrpflichtigen bestehen, die in der Nähe ihrer Wohnorte Mobilisierungsdepots haben sollen.

Dadurch wird Dänemark die Militärausgaben im Rahmen von 985 Millionen dänischen Kronen halten können. Die NATO hatte eine Erhöhung um 300 Millionen dKr verlangt. Dies wurde von der Regierung als wirtschaftlich untragbar zurückgewiesen, denn in Dänemark weiss man, dass ein gesundes Sozialklima eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Verteidigungsbereitschaft eines Volkes ist.

Der Putsch von Mossul

ED - Die irakische Regierung Kassem hat den Aufstandsversuch des Obersten Schawaff in der Ölstadt Mossul mit Bomben und rasch alarmierten Panzerverbänden beantwortet. Mit diesen Aktionen ist das Land zwischen Euphrat und Tigris erneut in den Mittelpunkt nahöstlicher Politik gerückt.

In der Hauptstadt Bagdad schwirren die phantasievollsten Gerüchte. Etwas Sicheres aber weiß bis heute noch niemand auszusagen. Fest steht nur, daß eine Reihe von Offizieren und Mannschaften nordirakischer Regimenter gegen Kassem und seine Regime die Parole der Meuterei ausgegeben hatten. Während die Regierung in Bagdad den Tod des Obersten Schawaff meldete, behaupteten die Rebellen, sie befänden sich in unaufhaltsamem Vormarsch auf die Hauptstadt.

Es war zu erwarten, daß die gespannte Atmosphäre im Irak und die an Schärfe ständig zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen Kassem und dem Chef der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel Nasser, auf eine explosive Lösung zu drängten. Mit Fug und Recht ist darum anzunehmen, daß hinter den Vorgängen in und um Mossul der Mann aus Kairo steht. Ob aber nur er allein, das ist zweifelhaft.

Der Vorwurf, der von einigen westlichen Regierungen im trauten Verein mit Nasser erhoben wurde, Kassem sei zu einer Strohuppe der Sowjetunion geworden, entbehrt nicht ganz der Komik, denn das gleiche könnte man angesichts der umfangreichen Waffenlieferungen Moskaus an die Vereinigte Arabische Republik auch von Nasser behaupten. Mit solchen Vereinfachungen lassen sich keine Entwicklungen im Nahen Osten kennzeichnen, und man darf wohl annehmen, daß derartige Slogans aus Kairo mehr für den öffentlichen Massenkonsum bestimmt sind als für die Analyse der Wirklichkeit selbst.

Man weiß, daß Nasser seinen Anspruch, den Führer und Befreier der arabischen Welt zu sein, unter allen Umständen behaupten will und sich weigert, einen Rivalen oder Nebenbukler, sei es auch in der Gestalt eines verdienstvollen arabischen Nationalisten wie Kassem, neben sich dulden zu wollen. Auf der anderen Seite ist bekannt, daß die im Irak, wie auch in Nordpersien und der Osttürkei lebenden Kurden seit langem einen autonomen Kurdenstaat anstreben. Wer will behaupten, daß nicht gewisse Kräfte dieser Kurden die Lage in Irak wahrnehmen wollen, um ihren Traum zu verwirklichen.

Der Westen wäre und ist gut beraten, wenn er mit Kühle und Nüchternheit die Entwicklung beobachtet, ohne den Anschuldigungen und Verurteilungen aus Kairo allzuviel Gewicht beizumessen. Denn schon morgen kann sich die ganze Szenerie ändern, und wer gestern noch "Feind", kann morgen schon "Freund" Kairos sein. Die Turken wären aber in einem solchen Falle die Regierungen im Westen, die sich auf die Kairoer Marschroute eingeschworen hätten.

Leipziger Frühjahrsmesse 1959

Von Dr. E. Eckert

Wer für Symbole empfänglich ist, dem konnte eine ganze Sturzflut von Gedanken durch den Kopf gehen, wenn er an einem dieser sonnenwarmen Frühmärztage in der Nähe des leicht exotisch aufgemachten Pavillons der "Volksrepublik China" stand und den heutigen "Herren aller Reußen", den Sowjetpremier Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, auf den breiten Prachtstraßen des Leipziger Messegeländes dahinwandern sah, umgeben von selbstbewußten Regierungs- und Parteispitzen der DDR, von östlichen Geheimpolizisten, von westlichen Journalisten und von aufgeregten Messebesuchern aus dem sächsischen Lande. Und über all' dem Gewimmel stand breit und klotzig als trutzige Silhouette gegen den wolkenlos blauen Himmel der Quaderstumpf des Völkerschlacht-Denkmals ... Mitte Oktober 1813, also vor mehr als 145 Jahren, wurden hier die letzten Armeen Napoleons von seinen vereinigten Gegnern geschlagen und zer schlagen, von den Österreichern, den Preußen und den Russen. Vielleicht wollte Chruschtschow den genius loci für seine Politik beschwören, als er am letzten Tage seines Leipziger Aufenthaltes von den Massenopfern der sowjetischen und deutschen Heere im zweiten Weltkrieg sprach und dem "kapitalistischen Westen" in Wiederaufnahme einer Stalinscher These vorwarf, sie hätten in diesem von ihnen angezettelten Völkermorden "mit einem Schuß zwei Völker treffen" wollen.

*

Wahrscheinlich ist eine solche Überlegung zu sehr konstruiert, aber wenn man erst einmal erkannt und erfaßt hat, daß dieser Mann Chruschtschow nichts sagt und tut, was vorher nicht sorgfältig eingeplant worden ist, der läßt keine Nuance dieses Sagens und Tuns mehr unbeachtet, weil es möglich ist, daß gerade sie der Schlüssel zum Verstehen von Vorgängen sein könnte, denen man sonst überrascht gegenüber stehen würde und müßte.

So war auch die Reise nach Leipzig zum tausendjährigen Handelsmarkt seit langem eingeplant worden, und was hier geschah und gesagt wurde, kann und wird geschichtliche Bedeutung erhalten, wie immer die Geschichte von heute an auch verlaufen mag.

Die große Chruschtschow-Show von Leipzig - und dem Wort sei gar keine herabsetzende Wertung zugefügt -, war ein wesentlicher Teil der langfristigen Strategie, die die Männer des Krenl in ihrem weltweiten Zweikampf mit dem "Kapitalismus" durchführen. Die Auseinandersetzung zwischen Moskau und Washington um die deutsche Frage, deren Lösung Chruschtschow als Kardinalpunkt für die Entscheidung des Krieg-oder-Frieden-Problems in den Vordergrund gerückt hat, tritt allmählich in ein entscheidendes Stadium. Leipzig war ein gewichtiger Schachzug: Es wäre töricht vom Westen, wenn er das nicht begriffe, und es wäre töricht von den Deutschen, wenn sie das nicht sähen.

"Wiederholung ist die Mutter der Weisheit"

Chruschtschow sog in Leipzig seine Schachfiguren simultan auf zwei Brettern, die eng miteinander verknüpft sind: Er spielte politisch, und er spielte wirtschaftlich. Westliche Journalisten, die Kikojans Tournee in den USA beobachtet haben, meinten in Leipzig, daß der BoB die Kniffe der Werbung noch viel besser verstehe als der Handelsminister selber. Jeder gute Manager hätte jedenfalls während der zwölf Stunden, die Chruschtschow im Laufe von zwei Tagen durch die Messehäuser marschierte, eine gehörige Portion von neuen Public-Relations-Rezepten dazu lernen

können. Die Zahl der Anekdoten, die Chruschtschow nach diesem Messebesuch hinterlassen hat, ist Legion, und sie alle tragen "unterschwellig", wie das neue Modewort der psychologischen Werbung oder Kampfführung heißt, zur weiteren Popularität des Sowjetpremiers bei. Jeder westdeutsche Kaufmann, mit dem Chruschtschow ernst oder launig sprach und verhandelte, wird zunause im Betrieb oder am Stammtisch von "Fikits" berichten und so seinen kleinen Teil dazu tun, daß wieder ein Scheibchen vom "Teufel Kommunismus" abgeschritten wird. Chruschtschow hat eine ganz neue und moderne Form der "fünften Kolonne" erfunden: Er schafft und verbreitet Sympathie, und diese Aufgabe meistert er mit jowisler Verschmitztheit nach demselben Schema, nach dem er seine politischen Thesen verkündet: "Die Wiederholung ist die Mutter der Weisheit". Das ist eines der vielen russischen Sprichwörter, die er in unerschöpflicher Fülle zur Hand hat und mit denen er die Menschen lachen aber auch weinen machen kann. Als er das Problem der deutschen Ostgrenzen und der deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße mit dem Bauernsprichwort beiseite fegte: "Was vom Wagen gefallen ist, das ist futsch", da wurde es auch in dem Saale bekloppter still, der sonst vor Begeisterung für Chruschtschow schier überschäumte.

China "kommt"

Was Chruschtschow und mit ihm die anderen Messe Gäste aus Ost und West in Leipzig sahen, war beeindruckend, war anregend und war bedrückend. Die Messe war zweifellos ein Erfolg. Die Zahlen, die das Ostberliner Wirtschaftsministerium zum Messeabschluß publizierte, sind keine "Potemkinschen Dörfer". Die Industrie-"Exponate", um eines der Schreckwörter des "Rotdeutsch" zu übernehmen, der Ostblockstaaten und insbesondere der DDR bewiesen, daß der Westen alle Ursache hat, mit der Wirtschaft des "Lagers des Friedens" zu rechnen. Diese Erkenntnis kann sich auch nicht mehr nur auf die Produktion der alten Industrieländer der DDR (ließ: Mitteldeutschland) und Tschechoslowakei oder auf die Produktion der "newcomer" Sowjetunion und Polen beschränken. Auch Sowjetchina muß ins Kalkül gezogen werden, und die heute noch berschichtigte Kritik an der zu grobschlächtigen Fertigung eines Traktors oder eines Ackergerätes wird sicher morgen schon nicht mehr berechtigt sein.

Das die rotchinesische Industrie und Wirtschaft "kommen", das muß der Westen in seine Planung einsetzen, und er darf nicht vergessen, daß dieses Sowjetchina für die Ostblockstaaten eine Art Bestätigung ihres Glaubens an den kommunistischen Fortschritt bedeutet. Man muß nur einmal einen der Spitzenfunktionäre der DDR-Regierung oder der SED-Führung über ihre Besuche in Sowjetchina erzählen hören, um zu erfahren, was Begeisterung ist: Hier wird der trockenste Bericht des trockensten Funktionärs zum enthusiastischen Epos, und ein sowjetchinesischer Freund oder Bekannter gilt in der DDR als Auszeichnung. Auch Chruschtschow selbst nahm sich in Leipzig von diesem Philochinesismus nicht aus, und er wurde auch selbst im China-Pavillon sehr herzlich begrüßt, wenn auch nicht annähernd so uferlos frenetisch, wie im Ausstellungsbereich des Trak, wo die Überraschten Mitteleuropäer ihre Karl-May-Erinnerungen an heulende Derwische auffrischen konnten.

Bienenfleiß der Deutschen wirkt sich allmählich aus

Bedrückend ist für der Gast aus Westdeutschland die Stadt selbst. Die bloße Kritik an dem Pießstand in der Zone schlägt nicht mehr zu Buche. Der Bienenfleiß der Deutschen wirkt sich allmählich auch in der Zone aus, wenngleich das Leben dort aus oft fundierten Gründen in vielen Beziehungen sehr stark an die Ausdrucksformen unseres Bundesrepublik-

nischen Daseins in den ersten Währungsreformjahren erinnert. Der Run auf die Motorräder und Mopeds, der Drang nach helleren Farben in der Kleidung, die Schlangen vor den Vergnügungslokalen und Kinos, die Kaufsucht, alles das und vieles mehr haben wir hier im Westen unseres Vaterlandes selbst am eigenen Leibe gespürt und erlebt. Viele Waren sind in der DDR nur für den Export bestimmt, auf manche Waren muß man monatelang warten, die Qualität der Stoffe und der Schuhe beispielsweise läßt viel zu wünschen übrig, die Mode ist nicht immer "up to date", der Kaffee kann von einem westdeutschen Gaumen nur mit rechtlich Milch und noch mehr von dem jetzt billig gewordenen Zucker gesossen werden, und die Alkoholika sind geradezu aschgrau teuer. Die Tatsache, daß ein Eigenbau-Wermut aus Wildkräuterkäften DM 6,90 kostet, während wir im Westen für eine erheblich bessere Marke ganze 96 Pfennige bezahlen, wird auch durch die bereitwillige Auskunft nicht günstiger, daß "unsere Leute vorher zuviel getrunken haben". Daß beispielsweise ein Schneider-Herrenanzug aus gutem Wollstoff rund 600 DM-Ost kostet, stimmt den Gast aus Westdeutschland - der wegen des 1:1-Zwangskurses als Käufer sowieso weitgehend ausfällt, gewiß sehr nachdenklich. Aber am meisten bedrückt ihn die Stadt selbst.

Zuviel "Parolen"

Ein hoher Staatswirtschaftsfunktionär, der nicht der SED angehört, warnte in einem Gespräch davor, nur die grauen Fassaden der Häuser und nur die weiten Lücken in der Innenstadt zu sehen. Man dürfe und solle nicht vergessen, daß inzwischen schon viel gebaut worden sei, so etwa Siedlungen in den Außenbezirken. Das soll nicht abgestritten oder verkleinert werden, der westdeutsche Gast sieht ja auch den wieder aufgebauten Hauptbahnhof und den Neubaukomplex des Opernhauses und das Parade-Hotel "Asteria". Aber er meint, daß eben doch noch viel zu viele Lücken in den Häuserzeilen zu finden sind, daß nacktstarrende Dachstuhlgebälke über sonst intakten Häusern 14 Jahre nach Kriegsende ein Übel sind, daß es möglich gemacht werden muß, den sonst unausweichlichen Verfall der Gebäude durch Instandsetzungen aufzuhalten, und daß Farbe und Lack nicht durch Fahnen und Spruchbänder zu ersetzen sind. Der westdeutsche Besucher meint vor allem, daß diese Fahnen und Spruchbänder endlich eingeholt werden müßten, weil man weder Nationalfarben noch Ideologien im Alltag und auf der Straße verschleifen darf, wenn man will, daß sie ihren allgemeinen Wert behalten und ernst genommen werden sollen. Und wenn man in Konkurrenzkampf zur internationalen und auch zur "kapitalistischen" Welt tritt, kann man seine Ausstellungsstände nicht mit Parolen verkleistern, für die der Mann von jenseits der Landesgrenzen kein Verständnis aufbringen kann und die seinen nüchternen Wertstand beleidigen.